

Insel- und Halligkonferenz am 28. April 2010 in Kiel

Frank Botter, Bürgermeister der Gemeinde Helgoland

Gesicherte Anbindung der Hochseeinsel Helgoland an das Festland

Sicherung einer dauerhaften Verkehrsanbindung zwischen der Hochseeinsel Helgoland und dem Festland

Die Insel- und Halligkonferenz unterstützt die Gemeinde Helgoland bei ihren Bemühungen, eine dauerhafte und ganzjährige Fährverbindung zwischen der Hochseeinsel und dem deutschen Festland zu sichern. Die negativen Entwicklungen, insbesondere in den letzten sechs Jahren, durch den radikalen Abbau der Transportkapazitäten durch die im Seebäderverkehr tätigen Reedereien, haben erhebliche Auswirkungen auf den Tourismusstandort Helgoland.

Bürgermeister Frank Botter hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber zwar Regelungen für den Personenverkehr auf der Straße, auf der Schiene und im Binnenschiffsverkehr im Regionalisierungsgesetz vorgesehen hat.

Diese sind aber unisono nicht anwendbar auf die besondere Lage der Insel Helgoland. Deshalb ist es erforderlich, dass der Gesetzgeber eine Ergänzung der Rechtsnormen vornimmt, um so auch den rd 1.500 Bürgerinnen und Bürger der Insel die Möglichkeit einzuräumen, die Vorteile eines öffentlichen Personennahverkehrs in Anspruch nehmen zu können. Dies ist derzeit nicht der Fall.

Eine ganz besondere Bedeutung bekommt eine solche Regelung, wenn Helgoland tatsächlich in absehbarer Zeit Servicestandort für den Offshore-Windbetrieb in der Deutschen Bucht werden sollte. Ohne eine gesicherte und dauerhafte Verbindung, die von allen Investoren als Grundvoraussetzung gesehen wird, sei dies nicht realisierbar.

Der zuständige Bundesverkehrsminister wird gebeten seine gesetzlichen Regelungen zu überprüfen. Die Insel- und Halligkonferenz, als zuverlässige Partnerin, stellt sich hinter diese Forderungen der Gemeinde Helgoland und erwartet hierzu ein zügiges, unbürokratisches Handeln der beteiligten Landes- und Bundesbehörden.

